



1/2010

:schulnotizen

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz, abc-druck; Verlagspostamt Feldkirch, P.b.b. GZ 02Z033923 M



PV-Wahl
Nachlese



Bossing
Die Angst vor starken MitarbeiterInnen



Schulsozialarbeit
Fünf Forderungen



LSI-Neubesetzung
Schieflage

PV-Wahlen 2009 - eine Nachlese

Willi Schneider

Gegenüber dem Traumergebnis des Jahres 2004 verlor die Liste "Freie LehrerInnen" 2,7 % der Stimmen und je ein Mandat im ZA, im DA Dornbirn und im DA Bludenz. Der Stimmen- und Mandatsverlust schmerzt. Dennoch haben die Kolleginnen und Kollegen unseren PersonalvertreterInnen einen klaren Auftrag (55% der Stimmen) gegeben, die Interessen der Vorarlberger PflichtschullehrerInnen weiterhin federführend zu vertreten.

Das Ergebnis in Vorarlberg

Unsere Liste stellt den Vorsitzenden im Zentralausschuss und die Vorsitzenden der Dienststellenausschüsse Bregenz und Umgebung, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz.

Auch unsere bildungspolitischen Positionen wurden klar bestätigt. Der Versuch der Liste "deine PV", die berechtigte Unzufriedenheit mit der Bildungs- und Personalpolitik des Bundes für einen Wahlerfolg bei den Personalvertretungswahlen zu nützen, ist schief gegangen. Es hat nicht sehr viel gebracht, die unerfreulichen Dinge der SPÖ-Ministerin zuzuschreiben und alles Erfreuliche als alleinigen Erfolg von Neugebauer, Pröll, Stemer usw. hinzustellen. Das Fehlschlagen dieser Strategie kann mehrere Ursachen haben:

1. Viele Kolleginnen und Kollegen durchschauten das Spiel und erinnerten sich daran, dass die gesamte Bundesregierung letztlich für die Einsparungen, die zur Änderung des LDG geführt haben, verantwortlich ist - also auch ÖVP-Minister.
2. Viele Kolleginnen und Kollegen erinnerten sich, dass die VertreterInnen der Liste "Freie LehrerInnen" für die Interessen der KollegInnen, ohne parteipolitische Rücksichtnahme, eingetreten sind.
3. Die VertreterInnen der Liste "Freie LehrerInnen" sorgten in den vergangenen 5 Jahren für ein gutes Klima der überfraktionellen Zusammenarbeit in den DA's und im ZA. So konnte die Durchsetzungskraft der PV gesteigert werden. Das Erreichte kann sich durchaus sehen lassen.

Das Ergebnis bei den AHS- und BHS/BMS-LehrerInnen

In Vorarlberg wurden jene Gruppierungen gestärkt bzw. bestätigt, die für eine einheitliche, universitäre LehrerInnenausbildung und für eine gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen eintreten. Das war schon in der vergangenen Periode eine Besonderheit, um die uns viele Reformbefürworter in anderen Bundesländern beneiden.

Die konservativen AHS-LehrervertreterInnen versuchten die PV-Wahl in eine Abstimmung über die "Gesamtschule" umzumünzen. Trotzdem - oder vielleicht gerade deswegen? - wählten die KollegInnen mehrheitlich die VLI-Liste. Offenbar übertrifft die Angst vor schlechter Vertretung ihre mögliche Angst vor der "Gemeinsamen Schule" deutlich.

Dieses Zeichen sollte der Schulpolitik des Landes jene Schubkraft verleihen, die allen LehrerInnen bessere Bedingungen, bessere Ausbildung, besseres Image bringen. Die Modellregion "Neue Mittelschule Vorarlberg" unter Einbeziehung aller Mittelschultypen (AHS, VMS, HS und ASO) sollte initiiert werden.

Das Ergebnis auf Bundesebene

Insgesamt brachte das Ergebnis eine deutliche Stärkung der ÖAAB/FCG-Fraktion mit sich. Enttäuschend war das Abschneiden der FSG-Liste in Wien, Salzburg und Oberösterreich. Aber auch, dass jene Fraktion am besten abschneiden konnte, die sich am wenigsten für Reformen im Bildungsbereich einsetzt, bzw. diese, wie im Fall der Gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen, bekämpft.

Unsere Vorsitzenden



Zentralausschuss

Armin Roßbacher

6900 Bregenz
ZA-Büro

05574/511-65010
0664/6255819

armin.rossbacher@vorarlberg.at



DA Bregenz und Umgebung

Elke Gartner

6900 Bregenz
VMS Bregenz-Rieden

05574/71618
0664/4440281
elke.gartner@vol.at



DA Dornbirn

Evi Linder

6850 Dornbirn
Gehörlosenschule

05572/25733
0660/2512211
evi.linder@lzh.at



DA Feldkirch

Werner Gerold

6832 Muntlix
VMS Zwischenwasser

05522/42525
05522/74919
werner.gerold@aon.at



DA Bludenz

Alice Gensberger

6700 Bludenz
VS Bludenz-Mitte

05552/30980
0664/3459569
a.gensberger@cable.vol.at

Wahlergebnisse

Ergebnisse der Liste „Freie LehrerInnen: FSG - Unabhängige - SLV - VLI“
Langzeit-Vergleich:

Ergebnisse	1987		1991		1995		1999		2004		2009	
	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate
Zentralausschuss	27,5 %	1	32,5 %	2	29,8 %	2	39,0 %	2	57,8 %	4	55,1 %	3
Bludenz	25,6 %	2	33,0 %	3	27,6 %	3	33,6 %	3	59,5 %	7	54,3 %	6
Bregenz u. Umgebung	31,0 %	3	35,4 %	4	34,5 %	4	42,8 %	5	60,9 %	8	59,8 %	8
Bregenzerwald	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0
Dornbirn	35,8 %	3	40,9 %	4	38,0 %	4	48,2 %	5	64,8 %	7	56,0 %	6
Feldkirch	23,8 %	3	28,3 %	3	31,0 %	4	38,2 %	5	57,6 %	8	58,4 %	8

ZA-Wahlergebnisse der PV-Wahl 2009 in den einzelnen Bundesländern:

Land	OAAB/FCG			FSG/SLO			UG			Sonstige		
	%	M	+/-	%	M	+/-	%	M	+/-	%	M	+/-
V	44,9	3	+2,7	55,1	3	-2,7						
T	77,5	7	+4,4	3,2	0	-3,4	0	0	-20,3	19,2	1	19,2
S	71,5	6	+9,4	10,5	0	-10,2	0	0	-17,3	18,0	1	18,0
K	29,1	2	+4,0	65,2	5	-4,3	0	0	0	5,7	0	0,2
St	59,7	6	+5,3	23,0	2	-2,9	17,4	1	-1,8			
OÖ	71,5	9	+11,9	12,8	1	-8,0	15,7	1	-3,9			
NÖ	82,1	9	+11,6	17,9	2	-1,7	0	0	-4,1	0	0	-5,7
B	46,0	2	+2,9	54,0	3	+3,0	0	0	-5,82			
W	43,1	5	+8,5	40,0	4	-10,6	17,0	1	+2,2			
Ges.	64,1	49	+8,4	24,5	20	-5,4	7,9	3	-4,9	3,5	2	1,9

Sonstige: in Kärnten – AUF, sonst nicht zuzuordnende Namenslisten (z. T. früher UG)

Für**Gehaltserhöhung für das Jahr 2010****Sie****Gerechnet****Ansätze 1.1.2010****Lehrer § 55 GG**

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe					
	L 3	L 2b1	L 2a1	L 2a2	L 1	L PH
	€					
1	1.448,3	1.599,5	1.738,9	1.859,3		2.260,3
2	1.471,3	1.628,3	1.791,3	1.915,7	2.081,6	2.260,3
3	1.494,1	1.656,3	1.843,3	1.972,3	2.154,2	2.260,3
4	1.517,0	1.685,6	1.896,4	2.028,6	2.225,8	2.451,1
5	1.539,8	1.716,5	1.948,8	2.084,9	2.329,4	2.641,8
6	1.575,5	1.799,0	2.055,2	2.198,0	2.502,8	2.832,9
7	1.631,3	1.883,0	2.165,5	2.334,8	2.676,9	3.024,0
8	1.689,4	1.968,3	2.275,2	2.471,0	2.850,6	3.214,6
9	1.751,4	2.054,0	2.400,8	2.628,4	3.024,2	3.405,9
10	1.815,9	2.138,7	2.526,6	2.785,9	3.198,0	3.597,1
11	1.881,1	2.223,8	2.652,4	2.943,6	3.371,7	3.787,6
12	1.946,9	2.340,8	2.777,8	3.100,9	3.545,6	3.978,6
13	2.012,1	2.456,8	2.904,4	3.258,3	3.719,3	4.169,6
14	2.077,8	2.573,7	3.029,6	3.416,0	3.893,0	4.360,6
15	2.169,0	2.689,9	3.155,6	3.573,4	4.066,9	4.551,4
16	2.259,7	2.793,6	3.266,2	3.713,4	4.240,8	4.805,2
17	2.349,9	2.901,2	3.382,1	3.859,7	4.415,1	5.059,7
18					4.656,3	5.313,6
17+Daz	2.485,2	3.062,6	3.556,0	4.079,2		
18+Daz					5.018,1	5.694,5

Ansätze 1.1.2010**Vertragslehrer I L § 41 VBG**

in der Entl. Stufe	in der Entlohnungsgruppe					
	I ph	I 1	I 2a2	I 2a1	I 2b1	I 3
	€					
1	2.357,3	2.131,0	1.938,2	1.811,8	1.655,5	1.487,8
2	2.357,3	2.200,3	1.996,6	1.865,8	1.685,8	1.513,3
3	2.357,3	2.269,7	2.054,9	1.920,1	1.717,7	1.538,0
4	2.555,6	2.346,7	2.113,4	1.974,6	1.750,0	1.563,3
5	2.754,4	2.513,3	2.171,5	2.028,8	1.783,9	1.588,6
6	2.953,1	2.688,2	2.290,7	2.139,6	1.871,8	1.627,9
7	3.151,2	2.863,2	2.433,1	2.254,4	1.961,4	1.688,6
8	3.349,9	3.032,3	2.574,9	2.367,8	2.050,6	1.753,6
9	3.549,4	3.207,0	2.738,6	2.498,2	2.139,3	1.821,0
10	3.749,3	3.386,7	2.902,3	2.629,2	2.228,3	1.889,5
11	3.949,2	3.545,6	3.067,8	2.761,7	2.316,6	1.958,8
12	4.150,4	3.719,3	3.233,2	2.893,3	2.438,4	2.026,7
13	4.350,4	3.893,0	3.397,9	3.026,0	2.560,4	2.096,2
14	4.550,7	4.066,9	3.563,1	3.158,4	2.681,9	2.165,7
15	4.751,3	4.240,8	3.728,3	3.290,3	2.803,4	2.260,4
16	5.030,5	4.409,2	3.874,9	3.405,5	2.910,9	2.355,0
17	5.296,3	4.629,0	4.029,4	3.528,1	3.023,3	2.448,4
18	5.562,3	4.629,0	4.193,5	3.659,0	3.143,5	2.542,3
19	5.827,1	4.958,1	4.343,8	3.777,6	3.252,8	2.636,1

Bossing

Die Angst vor starken MitarbeiterInnen

Walter Moosbrugger

Vorarlberg hat eine Vielzahl hervorragender SchulleiterInnen. Doch was ist, wenn der/die SchulleiterIn für dieses herausfordernde Amt nicht geeignet ist? Nicht selten wird in diesen Fällen versucht, den gewünschten, aber vom Lehrkörper zu wenig entgegengebrachten "Respekt" mittels einiger Machtinstrumente zu erzwingen.

Früher hieß es "schikanieren", "intrigieren", "einschüchtern" oder ganz einfach "fertig machen". Heute spricht man von "Mobbing". Vielleicht auch deshalb, weil diese Bezeichnung intensiver wirkt. Natürlich wird dieses Wort - aus dem Englischen "*to mob*" = *anpöbeln, schikanieren* abgeleitet - oft auch leichtfertig und fälschlicherweise verwendet.

Die einschlägige Literatur weist darauf hin, dass es sich dezidiert nicht um Mobbing handelt, wenn zwei in der Hierarchie gleichwertige Personen miteinander einen Konflikt oder fachliche Streitgespräche austragen. Auch wenn diese über längere Zeit schwelen.

Heute wird der Begriff Mobbing überwiegend angewendet, um psychische "Gruppengewalt im Arbeitsleben" zu charakterisieren.

Und somit sind wir beim Thema: Mobbing in Schulen. Vermehrte Mails, Telefonate, Hilferufe an die Personalvertretung bestätigen einen spürbaren Trend in diese Richtung. Leider. Ganz dramatisch für die Betroffenen wird es, wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer das Gefühl hat, dass der/die eigene "ChefIn" hinter der Mobbing-Kampagne steht. Und dieser Fall von Mobbing ist nicht ohne. Die Literatur verwendet dafür nicht umsonst das Wort "BOSSING".

Was ist "Bossing"?

Bossing ist eine psychische Aggression einer/s Vorgesetzten gegen eine oder mehrere Person(en) im eigenen Betrieb. Beim Bossing ist es also der/die ChefIn, der/die mobbt. In der Regel wird die schikanierte Person krank und muss zuletzt genau das machen, was der Chef oder die Chefin eigentlich will, nämlich kündigen! Klappt das nicht, soll zumindest eine Versetzung durch die Behörde erzwungen werden. Klar, dass das nicht ohne weit-

eres geht, also müssen dienstrechtliche Verfehlungen "gesucht" oder den behördlichen Vorgesetzten zumindest das "eigene Leid" mit der betroffenen Lehrperson geschildert werden. Kurzum, es soll auf die Behörde Druck ausgeübt werden. Diese soll sich in Folge für eine Seite entscheiden - entweder für die Lehrperson oder für den/die LeiterIn. Und wie würde in so einem fiktiven Fall die Behörde entscheiden? Wer ist leichter zu ersetzen? Die Lehrperson besitzt in diesem Fall wohl schlechte Karten .

Wie kann ein Chef "bossen"?

Die Schikanen müssen keineswegs offensichtlich, sondern können durchaus diffizil sein:

- : Das Opfer wird vor dem Lehrerteam öffentlich lächerlich gemacht.
- : Der ungeliebten Person wird Arbeit zugeteilt, die kaum bewältigt werden kann.
- : Dem Team wird signalisiert, dass die Person zum Abschluss frei gegeben worden ist. ("Den/Die dürft ihr rauskeln!")
- : Der Chef entzieht der Person vermeintliche Privilegien und Aufgaben, die die betroffene Person gerne ausübt, schikaniert, demütigt, unterstellt Fehler, droht wegen Lapalien mit Meldungen an die Behörden, feindselige und herablassende Blicke u.a.

Weshalb "bosst" eine Führungskraft?

Es gibt verschiedene Gründe, wie etwa Frustration über die viele Arbeit, die man als SchulleiterIn hat, Konkurrenzangst, Besitzstandswahrung, Intoleranz oder ganz einfach, um "lästige, kritische" KollegInnen loszuwerden.

Klar ist: Beim Bossing muss man davon ausgehen, dass der Vorgesetzte ein Persönlichkeitsproblem

hat. Es mangelt auch an Selbstbewusstsein. "Bossende" Chefs fühlen sich von starken Mitarbeitern beobachtet oder gar bedroht. Unsicherheit des Chefs kann somit zu Bossing führen. Wenn Bossing festgestellt wird, herrscht meist ein schlechtes Betriebsklima. Die eigenen Interessen der Führungskraft stehen im Vordergrund, es geht um den Erhalt der Machtstrukturen. Es wird keine menschenorientierte Führung praktiziert und es mangelt an Teamkommunikation. Zahlreiche Bossing-Opfer sind kreativ und fleißig und werden ohne Selbstverschulden plötzlich zu Sündenböcken und Blitzableitern für die Frustration des Chefs.

Wer wird "gebossst"?

Eine Studie von Prof. Thomas Rammsayer und seinen Kollegen vom Institut für Psychologie der Universität Göttingen ergab: "Neben sensibleren Menschen mit eher gering ausgeprägtem Selbstwertgefühl sind besonders starke, engagierte Persönlichkeiten mit kreativen und neuen Ideen ihren Kollegen und Vorgesetzten ein Dorn im Auge. Sie stellen Autoritäten und eingefahrene Abläufe in Frage, äußern ungefragt ihre Meinung und werden so zur Gefahr für die eingespielte Hackordnung. Sie bringen das bisher eingeschlifene Verhalten in der Gruppe durcheinander."

Kurz gesagt: Schwache Vorgesetzte fühlen sich durch starke Mitarbeiter schnell bedroht. "Wer interessiert und geistreich ist sowie neue Ideen einbringt, verunsichert manchen Vorgesetzten. Wenn dieser dann nicht die nötige Ich-Stärke hat, versucht er, die betreffende Person kleinzuhalten - auch mit unfairen Mitteln. Früher oder später hat diese Einschüchterungsstrategie meist Erfolg", so Prof. Rammsayer.

Woran erkennt man "bossende" Vorgesetzte?

Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, aber folgende Punkte können hilfreich bei der Beurteilung sein. Bossing-Gefahr besteht, wenn der Chef/die Chefin ...

- ... die Lehrerin oder den Lehrer betreffende Entscheidungen auf die lange Bank schiebt.
- ... MitarbeiterInnen bei lockeren Zusammenkünften erlaubt wird, herablassend über nicht anwesende Kollegen zu sprechen.
- ... MitarbeiterInnen vor versammelter Mannschaft bloßstellt.



- ... sich vermehrt im Chefzimmer einbunkert.
- ... Kontakte mit zu vielen MitarbeiterInnen vermeidet.
- ... sich mit devoten, "harmlosen" MitarbeiterInnen, die nicht "gefährlich" werden können, umgibt.
- ... "ihre/seine" Gefolgsleute hätschelt und deren "normale" Arbeit über alle Maßen öffentlich (z. B. bei Elternabenden, Konferenzen, Schulfeiern) namentlich würdigt.
- ... nur noch "ihre/seine" Gefolgsleute lobt, während andere für dieselbe oder sogar größere Arbeit nicht bedacht werden.

Was kann man dagegen tun?

Fakt ist:

Betroffene haben beim Bossing kaum eine Chance, den Konflikt aus eigener Kraft zu beenden. Setze dich umgehend mit der Personalvertretung in Verbindung! Geschultes Fachpersonal mit Mobbing-erfahrung hilft dir weiter.

Fakt ist:

Der/die Vorgesetzte hat zwar ein Weisungsrecht, aber auch eine Fürsorgepflicht für jede einzelne Lehrperson innerhalb der Schule.

Fakt ist:

Umgehend Fakten sammeln und vertrauenswürdige Gesprächspartner bzw. Zeugen suchen, Tagebuch führen, einer Gewerkschaft (Rechtsschutzversicherung) beitreten, Gespräch mit der/dem Vorgesetzten suchen (auch im Beisein der Personalvertretung), Mediation in Anspruch nehmen, Mobbing-Berater aufsuchen.

Fakt ist:

Wehre dich! Je früher und deutlicher, desto besser. Du bist der "Obrigkeit" (auch im Schuldienst) nicht einfach ausgeliefert. Die "Freien LehrerInnen" stehen dir mit Rat und Tat zur Seite.

Lehrermangel

Armin Roßbacher

Bereits in diesem Schuljahr ist erkennbar, was in den nächsten Jahren auf die Vorarlberger Schulen zukommt: ein massiver Lehrermangel.

Fällt heute ein/e KollegIn z. B. wegen einer Erkrankung aus, muss die Schule im Regelfall selbst dafür sorgen, wie sie über die Runden kommt. Personalreserve war einmal, beinahe wehmütig denkt man zurück an die Jahre, als es in Vorarlberg für den Lehrerberuf eine Warteliste gab. Nach längerem Drängen der Personalvertretung entschied sich auch der Dienstgeber, sich diesem Problem zu stellen. Es kam zur Gründung der "ARGE LehrerInnensituation". Seit einigen Monaten überlegen sich die Mitglieder, welche Möglichkeiten in Vorarlberg bestehen, um den drohenden Personal-mangel zumindest abzumildern. Einige der angedachten Vorschläge möchte ich kurz erläutern:

Ansprechen von MaturantInnen

Seit Anfang April 2010 sind 2 Teams, bestehend aus je einem Vertreter der Schulaufsicht und der Personalvertretung sowie 2 JunglehrerInnen, in den Abschlussklassen der Höheren Schulen unterwegs. Im Gespräch mit den angehenden AbsolventInnen sowie mit einer Informationsbroschüre wird auf die Möglichkeiten, die unser Beruf bietet, hingewiesen. Arbeit mit jungen Menschen, großer persönlicher Freiraum, Arbeitsplatzsicherheit, u. a. sind einige der Pluspunkte, die unser Beruf aufzuweisen hat.

Über 700 arbeitslose Menschen mit Matura

AMS-Geschäftsführer Anton Strini berichtete bei einem Treffen der ARGE über die Beschäftigungssituation in unserem Land. Etwas über 11.000 Menschen sind derzeit arbeitslos gemeldet, davon ca. 700 mit Maturaabschluss. Der Leiter des AMS Vorarlberg geht davon aus, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen ein Teil dieser Leute an einer Ausbildung als PflichtschullehrerIn Interesse haben könnte. In den nächsten Wochen erhält diese Gruppe ein Schreiben, in dem der Beruf des/der PflichtschullehrerIn vorgestellt wird.

Wenn es gelingt, eine Mindestanzahl von 25 BewerberInnen zusammenzubekommen, ist die Pädago-

gische Hochschule bereit, eine Ausbildungsschiene für Berufstätige einzurichten. Sämtliche Vorlesungen und Seminare werden von Donnerstag Abend bis Samstag Abend konzentriert angeboten, die Ausbildungszeit beträgt 6 Semester.

Ausstellen von Sonderverträgen

Immer wieder kommt es vor, dass Menschen im Laufe ihrer Berufsausbildung merken, dass sie sich eine Tätigkeit als LehrerIn gut vorstellen könnten - in früheren Zeiten hätte man von sogenannten Spätberufenen gesprochen. Viele dieser meist sehr gut ausgebildeten InteressentInnen winken jedoch sofort ab, wenn sie mit der vollen Härte unseres Gehaltssystems konfrontiert werden: Ohne Maturaabschluss bzw. Lehramtsprüfung droht eine Einstufung in L3 - Anfangsgehalt unter Euro 1.500,-- brutto. In solchen Fällen muss es möglich sein, den Interessierten mit Sonderverträgen ein attraktiveres Angebot zu machen.

Werben in anderen Bundesländern

Was in den 70er-Jahren gang und gäbe war, kann heute nicht komplett falsch sein. Damals wurde in verschiedenen Zeitungen für den Eintritt in den Vorarlberger Schuldienst massiv Werbung gemacht, und nicht wenige KollegInnen aus dem Osten Österreichs entschieden sich, dem Ruf aus dem Ländle Folge zu leisten. Außer Wien (und natürlich Vorarlberg) haben alle Bundesländer noch eine mehr oder weniger umfangreiche Warteliste.

Der Dienstgeber ist gefordert

Alle angeführten Werbemaßnahmen werden jedoch nicht genügen, den drohenden massiven LehrerInnenmangel in Schach zu halten und sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Attraktivität des Lehrberufes in den letzten Jahren durch die Verschlechterungen, die nachhaltigen Schaden angerichtet haben, zurückgegangen ist. Daher ist vor allem der Dienstgeber gefordert.

Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler

Die Welt steht Kopf, die Politik spielt verrückt, links und rechts sind oft nicht mehr zu unterscheiden. Ein Beispiel gefällig?

Nun, Bundeskanzler Werner Faymann hatte im Herbst eine "glorreiche" Idee. In einem Interview meinte er, falls das Kreuzifix in den Klassen von den Gerichten verboten werde, wäre er dafür, diese Stelle des Konkordats in die Verfassung aufzunehmen. Wie bitte? Ich musste die besagten Zeilen zweimal lesen. Na wunderbar, das ist genau das, was Sozialisten, Liberale, Konfessionslose und Laien immer schon von einem Parteichef der SPÖ hören wollten.

Von der Sozialdemokratie erwartet man sich eigentlich, dass sie stattdessen vehement für die Trennung von Staat und Kirche eintritt.

In den letzten Jahren trauten sich viele Sozialdemokraten auch nicht mehr mit ihren Werten offensiv zu werben. Als Linker tut es mir besonders weh, mit ansehen zu müssen, wie die SPÖ in einem "Wachkoma" verbarrt, unfähig dem Neoliberalismus Paroli zu bieten. Auch viele Versäumnisse in der Schulpolitik hat sie mitzuverantworten.

Wir sollten nicht fragen, ob wir uns die vermeintlichen Sozialschmarotzer noch leisten können, sondern vielmehr, ob wir uns die Spekulanten, Banker, Reichen und Blockierer einer kindgerechten Schulreform noch leisten wollen. Leider findet Letztere derzeit nur mit faulen Kompromissen statt, da sonst überhaupt nichts weitergehen würde. Statt einer Gemeinsamen Schule, verpflichtenden Ganztageschulen und Kindergartenbetreuung für alle, haben wir nun durch die Blockadepolitik des erzkonservativen Zirkels in der ÖVP und der schwarzen Lebrergewerkschaft eine dreigliedrige Mittelstufe, Nachmittagsbetreuung auf freiwilliger Basis und viel zu wenig Kindergartenplätze, die wahrscheinlich für Fünfjährige auch noch kostenpflichtig sein werden. Von der stümperhaften Einführung der VMS seitens der Vorarlberger Schulaufsicht ganz zu schweigen.

Ein Zustand, der eigentlich zum Verzweifeln wäre. Dennoch, das Handtuch zu werfen wäre das falsche Signal. Wir dürfen die Schulpolitik nicht den konservativen Politikern überlassen. Aus diesem Grunde würde ich mich freuen, wenn neue, junge und reformfreundige PädagogInnen bereit wären, bei FSG und SLV mitzuarbeiten. Gemeinsam können wir die Schule und die Gesellschaft vielleicht doch noch zum Besseren verändern. Packen wir es an!

"Heilende Hände"

Schlagzeilen über prügelnde Erzieher finden wir zurzeit häufig in den Medien. Noch in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts schien dies durchaus dem Zeitgeist zu entsprechen.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich in meinen ersten Lehrerjahren ungern schwierige Schüler dem Direktor meldete, da bekannt war, dass dieser die Schüler schon mal tüchtig ohrfeigte.

Doch Bischöfe, Priester und Religionslehrer, die damals ihre "heilenden Hände" sprechen ließen, können sich kaum auf den Zeitgeist berufen. Das Buch der Nächstenliebe hatte doch auch vor 40 Jahren Gültigkeit? Oder sollte es etwa doch stimmen, dass Stellen im Neuen Testament die körperliche Züchtigung empfehlen?

Wie dem auch sei, eines muss klar gestellt sein: Vorsätzlich schlagende Lehrpersonen dürfen nicht auf die Unterstützung der Personalvertretung oder der Gewerkschaft hoffen.

Für immer mehr Lehrer sind allerdings verhaltensauffällige, unerzogene Schüler und oft auch ihre nicht kooperationswilligen Eltern ein Problem. Darüber werden wir demnächst in den „Schulnotizen“ berichten.

Schulsozialarbeit: Hauptsache viel?

Martin Türtcher

Spätestens mit der Einführung von Schulsozialarbeit (SSA) an vier Schulen der Stadt Feldkirch wurden grundsätzliche Probleme sichtbar. Das Konzept des Landes zur SSA (das sogenannte 3-Säulen-Modell) wird immer mehr verwässert, je näher es hin zur Einzelschule rückt. Hier geschieht Schulentwicklung in höchst fragwürdiger Form: Wir nehmen, was wir bekommen - Hauptsache viel. Die öffentlichen Kosten sind hoch, die erhoffte Wirkung auf Schulebene dürfte bescheiden sein: Doppelgleisigkeiten, Scheinkooperation und ein zunehmender Anteil an Koordinationsstunden (statt Beratungs- und Betreuungsstunden mit S, L, E) gehören zu den erwartbaren Nebenerscheinungen. Die Anliegen der Schulen bleiben wohl auf der Strecke.

Das 3-Säulen-Modell

Das 3-Säulen-Modell zur Vernetzung und Abgrenzung von Schule und Sozialarbeit vom Juni 2009 bildet die Grundlage für die Zuteilung von Landesmitteln für SSA an die Gemeinden.

Es ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Abteilung IV (Soziales), Abteilung II (Schule), IfS, Gemeindeverband, DirektorInnen und BeratungslehrerInnen.

1. Säule:

Die Lehrpersonen selbst. Sie sollen zur Erfüllung ihres Erziehungsauftrags mehr direkte Ressourcen (bezahlte Stunden) für Beziehungsangebote an verhaltensauffällige Kinder bekommen. Im Stundenpool des Landes liegen dzt. pro Jahr 3600 zusätzliche Stunden bereit. Die Zuteilung erfolgt rasch und unbürokratisch (Formular).

2. Säule:

BeratungslehrerInnen sowie KrisenbegleitendeInnen. Derzeit sind es 23 in Vorarlberg. Sie stehen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern bei allen Schwierigkeiten im Schulalltag zur Seite. Die Palette an Möglichkeiten reicht von der Einzelbetreuung von Kindern über die Sprechstunden bis hin zu Beratungsgesprächen, Elternabenden und Klassenprojekten.

3. Säule:

Die SozialarbeiterInnen. Mit Einzelfallhilfe (z.B. bei Verwahrlosung, Suspendierung, Schwänzen) und gruppenbezogener Sozialarbeit (Klassenprojekte, Projekte außerhalb des Unterrichts) sollen dauerhafte und massive Störungen des Schulbetriebs nachhaltig gelöst werden, und zwar in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit der Gemeinden. SSA soll als ergänzende Unterstützung zu bereits bestehenden Angeboten eingerichtet werden.

Die SchulsozialarbeiterInnen

arbeiten als BeratungslehrerInnen, nur unter anderem Namen. An allen vier Schulen mit SSA machen die dort eingesetzten IfS-Leute im Wesentlichen jene Arbeit, die bisher von BeratungslehrerInnen (BL) geleistet wurde. An zwei dieser Schulen (PFZ und PTS Feldkirch) geschieht dies durchaus mit Duldung, ja sogar auf Wunsch der BL: Die Arbeit der BeratungslehrerInnen ist gefragt, doch gibt es dafür zu wenig Planstellen.

So ist auch erklärbar, dass Schulen mit geringen BL-Ressourcen deren Aufgaben nun an die SSA übertragen, und eigentlich sind alle froh darüber.

Inwieweit SchulsozialarbeiterInnen auch schulspezifische Qualifikationen mitbringen (sie haben weder Lehramt noch Unterrichtserfahrung), sei dahingestellt. Sie arbeiten de facto als BeratungslehrerInnen, nur eben unter anderem Namen und ohne dienstrechtliche Anbindung an das System Schule.

Was die Schulen zusätzlich brauchen,

scheint weder die Stadt noch das IfS zu interessieren. Die Stadt Feldkirch folgt einem lange geäußerten, aber etwas diffusen Wunsch von DirektorInnen, LehrervertreterInnen und PolitikerInnen nach "mehr externer Hilfe". Diffus bleibt leider auch der Auftrag der Stadt an die Schulsozialarbeit. Kennt die Gemeinde die Anliegen der Schulen wirklich? Und weiß sie auch, was dort bereits angeboten wird und gut eingeführt ist?

An zwei Schulen (VMS Levis, VMS Gisingen) waren die BL schon bisher jeweils einen ganzen Vormittag je Woche verfügbar, in Krisenfällen auch öfter - verlässlich, kompetent und ohne Zusatzkosten für die Stadt. Sollen sie das nach dem Willen der Stadt auch weiterhin tun?

Welchen konkreten Auftrag hat die IfS-Schulsozialarbeit? Und wem ist sie Rechenschaft schuldig? Während die BL immerhin einen vom LSR abgesegneten inhaltlichen Auftrag an den Schulen erfüllen (weisungsgebunden), bestimmt das IfS als "zugekaufter" Dienstleister weitgehend selbst, was es unter SSA versteht und was nicht. Die Schule hat darauf kaum Einfluss. Das Land als Förderer von SSA will die Schulen unterstützen und bei Eltern und Lehrpersonen auf Leistungen verweisen können. Doch kontrolliert es auch die Umsetzung des landeseigenen Konzepts?

Man stelle sich folgenden Finanzierungsdschungel vor: Die SchulsozialarbeiterInnen arbeiten zwar an den Schulen, ihr Gehalt wird aber vom IfS ausbezahlt. Das IfS holt sich die vollen Lohnkosten von der Stadt zurück. Die Stadt wiederum bekommt 60% der Lohnkosten vom Land (Abteilung IV) refundiert. Und die Schule? Sie bezahlt als einzige Beteiligte nichts. Wessen Auftrag wird wohl am stärksten durchschlagen? Befiehlt hier, wer bezahlt? Wer bezahlt eigentlich? Wie kann die Schule Druck machen, damit sie bekommt, was sie braucht?

Das IfS-Konzept von Schulsozialarbeit

setzt das 3-Säulen-Modell des Landes außer Kraft. Es geht hier nur scheinbar um Kooperation zwischen BL und SSA. In der konkreten Umsetzung haben wir es mit einer personellen Aufstockung hinsichtlich einer fast identen Arbeitsleistung zu tun, ganz gleich, wie sie nun heißen mag. Die Verteilung der Aufgaben wird der Einzelschule überlassen, die freilich keinerlei Druckmittel besitzt. Sie darf Wünsche äußern.

Sinnvollerweise sollte die Arbeit von BL und SSA zwar ein übergeordnetes Ziel verfolgen (z. B. die Schulen dort zu unterstützen, wo sie mit Problemsituationen überfordert sind), allerdings mit unterschiedlichen Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten. Diesbezüglich gibt es von Seiten des Landes eine klare Grundlage (3-Säulen-Modell). Gibt es dazu auch ein Controlling? Für die Gemeinde genügt es, die Einhaltung des 3-Säulen-

Modells gegenüber dem Land zu bestätigen, um an Landgeld zu kommen. Genügt dies auch dem Land? (Vor wenigen Wochen hat das Land auf die Gegebenheiten in Feldkirch reagiert und die zugesagte Förderung von SSA bis zur Klärung der Situation ausgesetzt. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Schulen doch noch bekommen, was sie zusätzlich zum Bestehenden brauchen würden.)

Dass sich das veröffentlichte SSA-Konzept des IfS fast zur Gänze mit dem BL-Konzept deckt, wird von den Schulen mit ungläubigem Staunen zur Kenntnis genommen. Sie schließen aus der Namensverschiedenheit (BL, SSA) auf verschiedene inhaltliche Aufträge und erwarten ein unterscheidbares Angebot. Dem ist aber nicht so. Statt schulnahe Sozialarbeit einzurichten, sind wir dabei, die Arbeit der BL auf zwei Institutionen aufzuteilen. Das 3-Säulen-Modell des Landes wird damit außer Kraft gesetzt - zum Schaden für die Schulen.

Zu viel Arbeitszeit

wird für Absprachen verbraucht, zu wenig Hilfe kommt bei den Kindern an. Je ähnlicher einander die externen Hilfsangebote für Schulen sind, desto größer wird der benötigte Anteil an Arbeitszeit für gegenseitige Absprachen, Fallzuweisungen etc. Daraus folgt: Die Hilfe kommt nur zu einem Teil bei SchülerInnen und Lehrpersonen an. Die gleiche Arbeit von zwei verschiedenen Institutionen anbieten zu lassen, macht keinen Sinn: Wenn schon zwei Träger, dann bei möglichst klarer Aufgabentrennung. Die Stadt Wien versucht seit einiger Zeit, BeratungslehrerInnen, Schulpsychologie und Schulsozialarbeit aus Gründen der Effizienz unter ein gemeinsames Dach, den Stadtschulrat, zu stellen - gegen den Widerstand der Wiener ÖVP.

Schulsozialarbeit in dieser Form

enttäuscht eine der zentralen Erwartungen an sie. Die Schulen hegen die Hoffnung, dass Schulsozialarbeit auch bedürftige Familien und deren Kinder unterstütze und dass sich durch Interventionen im außerschulischen Umfeld Leistungen und Sozialverhalten in der Schule verbessern würden. Dabei wird übersehen, dass SSA ein freiwilliges, niederschwelliges Angebot ist und von Familien auch abgelehnt werden kann. Wenn das Kindeswohl in Gefahr ist, z. B. bei den zunehmenden Fällen von Verwahrlosung, kann SSA nur dann helfen, wenn diese auch (freiwillig) angenommen wird.

Sonst führt der Weg wie bisher über die Jugendwohlfahrt (und in der Folge über die Familienarbeit als Fachdienst) zur (amtlich verordneten) Sicherung des Kindeswohls. Was also hätten wir durch Schulsozialarbeit gewonnen? Weder Schulen noch Familien stünde bei Gefährdung des Kindeswohls ein zusätzlicher schulnaher Fachdienst zur Verfügung. Die SSA weckt hier bei den Schulen mehr Hoffnungen, als sie strukturell einzulösen vermag.

Fazit:

Während der Bedarf an nachgehender Betreuung von SchülerInnen und deren Familien bzw. schulna-

her Sozialarbeit in Peergroups zunimmt, erhalten die Schulen mehr vom Gleichen, schlimmer noch, das Bestehende und gut Eingeführte bekommt Konkurrenz durch ein nahezu identes Angebot von außerhalb des Schulsystems.

Das 3-Säulen-Modell ist nicht das Papier wert, auf dem es steht, solange es kein Controlling von Seiten des Landes gibt. Hoffnungen und überzogene Erwartungen werden geschürt, und schon bald könnte ein trotziger Reflex folgen: Es gibt "alles" und doch "nichts", wir werden "allein gelassen..."

Wir fordern daher:

Mehr BeratungslehrerInnen

wo diesbezügliche Bedürfnisse von Schulen nicht gedeckt sind

Umsetzung des 3-Säulen-Modells

als Grundlage zur Installierung von SSA

Aufgabentrennung

Je klarer die Aufgabengebiete von BeratungslehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen getrennt sind, umso mehr Hilfe kommt bei den Schulen an.

Auftrag durch die Jugendwohlfahrt

Die Schulsozialarbeit sollte auch im Auftrag der JWF tätig werden können, ähnlich dem Ambulanten Familiendienst oder der Familienarbeit des IfS.

Kontrolle durch den Landesrechnungshof

inwieweit die Landesmittel für SSA auch im Sinne des Konzepts eingesetzt werden. Damit ist am ehesten gewährleistet, dass Gemeinden und Schulen auch das bekommen, was sie tatsächlich brauchen.

Vortrag

Dr. Rupert Vierlinger

Autor von „Steckbrief Gesamtschule“

26. Mai 2010, 20 Uhr in der VMS Götzis

Eine Veranstaltung des Landeselternverbandes Vorarlberg
in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Lehrerverein (CLV) und der ARGE
Gemeinsame Schule Vorarlberg

„Ene, mene, muh und raus bist du“

Macht die Reihung der Kurse an der PH noch Sinn?

Evi Lindner

Dieser alt bekannte Kinderabzählreim dürfte seine Anwendung finden, wenn es um die Reihung der Lehrpersonen bei PH-Fortbildungsveranstaltungen geht. Nur: WER bzw. WAS entscheidet, ob eine Lehrperson zum Kurs zugelassen wird?

Immer wieder sickert die Tatsache durch, dass das neue Computersystem an der PH seinen eigenen Willen hat und die Reihung der SchulleiterInnen regelrecht ignoriert.

Nun wissen dies aber die allerwenigsten LeiterInnen und schon gar nicht die emsig bemühten, sich inskribierenden LehrerInnen. Zur Verdeutlichung der Problematik hier ein Beispiel aus meinem Erfahrungsbereich:

Nach einer viel zu kurzen Anmeldezeit für Kurse an der PH - LehrerInnen haben zu Schulbeginn sehr viel Administratives am Hut - melden sie sich für diverse Fortbildungsveranstaltungen an. Oft mehrfach, dies in der Hoffnung, den einen oder anderen Kurs auch tatsächlich besuchen zu können. Aus Erfahrung wird man bekanntermaßen klug.

Ab jetzt beginnt meine Arbeit als Leiterin. Fast täglich werde ich per E-Mail aufgerufen, eine Reihung vorzunehmen. Gewissenhaft versuche ich, allen KollegInnen so gerecht wie möglich die Chance zu geben, ihre gewählten Kurse zu besuchen. Dann ist erstmal Ruhe, bis

- LehrerInnen sich beklagen, dass sie in keinem Kurs aufgenommen wurden oder
- LehrerInnen in Supplierpanik geraten, weil sie alle - oft vier Kurse - genehmigt bekamen oder
- LehrerInnen sich ernsthaft fragen, welche absurden Kriterien bei der Auswahl dahinter steckten.

Ein Beispiel zum letzten angeführten Unverständnis: Ein PTS-Lehrer erzählte mir, dass er sich für einen für ihn nützlichen Metallverarbeitungskurs angemeldet hatte. Die Zusage erhielt aber eine seiner Kolleginnen, die Ernährung und Hauswirtschaft (!) unterrichtet und sich aus privatem Interesse angemeldet hatte. Dieser Kollegin sei die Teilnahme an diesem Kurs von Herzen gegönnt, Prioritätensetzung schaut aber anders aus.

Obiges Beispiel stellt beileibe keinen Einzelfall dar, immer wieder müssen LeiterInnen resignierend feststellen, dass das "System" (das Programm, das eingesetzt wird) ihre Reihung schlicht und ergreifend ignoriert.

Mein Vorschlag dazu:

Die Verantwortlichen bringen dem Programm wirklich bei, Leiterreihungen zuverlässig zu berücksichtigen, andernfalls sollten die LeiterInnen von dieser überflüssigen administrativen Arbeit befreit werden.

Selbstverständlich ist es erstrebenswert, wenn ein/e DirektorIn Einfluss auf die Fortbildung seiner/ihrer Lehrerschaft nehmen und eine Reihung vornehmen kann.

Impressum

schulnotizen Nr. 1 / 2010

Herausgeber u. Verleger: SLV, Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz;
ABC-Druck, Rankweil, P.b.b.
Schriftleitung: Armin Roßbacher
Gestaltung: Franz Bickel

Eine neue Kindergartenpolitik braucht das Land

Gerhard Unterkofler

Eine positive oder negative Kindergartenpädagogik bekommen ganz besonders unsere VolksschullehrerInnen zu spüren. Aufgrund des gesellschaftlichen Wandels werden die ElementarpädagogInnen in Zukunft noch viel mehr gefordert sein. Der Kindergarten ist jener Ort, wo die Kinder ihre ersten Begegnung mit der schulischen Erziehung machen, dort wird bereits der Grundstein für viele Kulturtechniken gelegt, die in der Volksschule notwendig sind und leider immer weniger in den Familien vermittelt werden. Fehler, die hier gemacht werden, sind nur mehr schwer wettzumachen. Die Kindergärten müssen als Teil der schulischen Erziehung gesehen werden.

Expertenmeinungen

Im Bericht der Expertenkommission "LehrerInnenbildung NEU" wird auch auf das Problem der Kindergartenpädagogik eingegangen. Unter anderem empfiehlt die Kommission, die Ausbildung der ElementarpädagogInnen in das Konzept der Ausbildung aller anderen PädagogInnen mit einzubeziehen.

Damit wäre die Durchlässigkeit des Systems gegeben. Es sollte somit leichter möglich sein, vom Kindergarten in die Schule zu wechseln und umgekehrt.

Das Bildungsministerium geht allerdings nicht so weit, die reguläre Ausbildung wird weiterhin in der BAKIP mit anschließendem zweijährigem Turnus stattfinden. Ein freiwilliges Bachelor- bzw. Masterstudium kann angehängt werden, das für bestimmte Funktionen im Kindergarten nötig ist. Damit wird es zukünftig zwei verschiedene ElementarpädagogInnen mit unterschiedlichen Gehältern geben. Dabei kommt man den Kommunen entgegen, die sich gegen höhere Gehaltskosten durch eine Akademisierung wehren.

Doch gerade eine bessere Entlohnung wäre wichtig, damit wieder mehr Personen diesen wichtigen Beruf ergreifen, herrscht doch derzeit ein gravierender Personalmangel. Laut Cornelia Wustmann, Österreichs erster Professorin für Frühkindpädagogik, seien von allen Beschäftigten in den Kindergärten nicht einmal 50 Prozent wirklich dafür

ausgebildet. Weiters fehlten in Österreich rund 70.000 Kindergartenplätze.

Zudem gibt es zu wenig männliche Elementarpädagogen. Letztere sind unter anderem besonders für jene Buben wichtig, die ohne Väter aufwachsen.

Christian Aigner, Erziehungswissenschaftler an der Universität Innsbruck, meint dazu: "Männer spielen anders, greifen Kinder anders an. Sie bringen eine andere Stimmung in die oft reinen Frauenteams, sehen Konflikte anders."

Insgesamt gibt es zurzeit nur 0,6 Prozent Männer in diesem Beruf.

Außerdem bemängelt Aigner, dass sich die Jugendlichen bereits im Alter von 15 bis 16 Jahren entscheiden müssten, ob sie diesen Beruf ergreifen wollten. Dies habe zur Folge, dass rund 60 Prozent der weiblichen und 80 Prozent der männlichen Maturanten einer BAKIP ihren Beruf gar nicht antreten würden.

Zwischen Wien und Vorarlberg

Die Öffnungszeiten der Kindergärten (wie auch der Schulen) muss in Zukunft so geändert werden, dass Beruf und Familie vereinbar sind. Da das Kindergartengesetz Landessache ist, gibt es zudem große Unterschiede. In Wien etwa ist Fremdbetreuung ab dem Tag der Geburt möglich, in Vorarlberg erst ab drei Jahren. Aber auch die Bezahlung der KindergärtnerInnen ist unterschiedlich. Hier muss von der Interessensvertretung eine Vereinheitlichung gefordert werden.

Im Ländle

Was die zu Beginn geplanten und größtenteils schon eingeführten kostenlosen Kindergartenangebote betrifft, werden diese wieder in Frage gestellt. Besonders die ÖVP macht sich gegen den Gratiskindergarten stark, wobei Ausnahmen die Regel bestätigen.

Auch Landesrat Stemer kann sich eine Wiedereinführung der Tarife in Vorarlberg vorstellen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), die vehement für den Gratiskindergarten im Sinne berufstätiger Frauen eintritt, meint: "Ich möchte nicht, dass Kostenbeiträge dazu führen, dass mehr Frauen daheim bleiben oder Teilzeit arbeiten, weil

der Nachmittag etwas kostet." Der Kindergarten sei ein Schlüssel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie wird jedenfalls noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, auch in ihrer eigenen Partei (z.B. der steirische Landeshauptmann Voves) liebäugeln manche mit der Einführung von Tarifen. In Vorarlberg werden Vierjährige nur dann zum Kindergartenbesuch verpflichtet, wenn bei ihnen ein Sprachförderbedarf besteht. Der Antrag der Grünen und der SPÖ, wonach der Kindergartenbesuch der Vier- und Fünfjährigen für alle gratis und verpflichtend sein soll, wurde von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Dass Kinder von 0 bis 3 Jahren ein Recht auf einen Kindergartenplatz haben, davon ist Vorarlberg noch weit entfernt.

Kommentar

Unsere Gesellschaft hat sich gewandelt, immer mehr Frauen sind im Arbeitsprozess und haben nicht mehr die Möglichkeit für die Erziehung ihrer Kinder ausreichend zu sorgen. Und das nicht, weil sie "Rabemütter" sind. Vielmehr reicht der Verdienst des Mannes oft nicht mehr aus, immer mehr Frauen sind Alleinerzieherinnen oder wollen auf die Karriere nicht verzichten. Da gibt es oft nur zwei Möglichkeiten: Der Staat schafft Ganztagesbetreuungsplätze oder die Frauen verzichten auf Kinder.

Aber ein vermehrtes qualitatives Angebot der Kindergärten und Ganztageseschulen ist auch die Grundlage für mehr Chancengleichheit. Der soziale Aspekt darf in solchen Fragen nie aus dem Auge gelassen werden.

Je länger der Kindergartenbesuch dauert, desto besser ist dies für jene Kinder, die zuhause nicht liebevoll behandelt werden, deren Eltern sie nicht so gut fördern können oder weniger Ahnung von Kindererziehung haben. Die Kinder benötigen besonders im Kleinkindalter genügend Anreize. Computer und Fernseher sind da kein Ersatz.

Die Betreuung muss sich dabei auf 10 bis 11 Stunden pro Tag belaufen, um arbeitenden Frauen wirklich eine Hilfe zu sein. Denn bei einer umfassenden Kinderbetreuung wird die Geburtenrate wieder ansteigen. Beispiele in den nordischen Staaten belegen dies.

Außerdem bringt der verpflichtende Kindergartenbesuch ab vier Jahren gerade für Migrantenkinder, deren Deutschkenntnisse kaum oder gar nicht vorhanden sind, sprachliche Vorteile. Etwas ist jedenfalls klar: Wirtschaftskrise hin oder her, die Politik muss für die Bildung mehr Geld in die Hand nehmen.

Jeder gegen jeden?

Bernd Dragosits

Über Sinn oder Unsinn von Schulnoten kann man herzlich streiten. Da gibt es so viele Meinungen wie Lehrer an den Schulen. Und das ist gut so! Denn Meinungsvielfalt belebt und führt zu Selbstreflexion. Was sich aber in den letzten Monaten im Lande an einzelnen Schulstandorten abgespielt hat, hat mit "den Rahmen des Gesetzes nutzen" wirklich nur mehr am Rande zu tun.

Verantwortung wahrnehmen

Aus meiner Sicht ist es verantwortungslos, wenn wir so tun, als würden die Volksschulen im leeren Bildungsraum agieren und daher die Kinder nicht auf das - noch - real bestehende Ziffernnotensystem vorbereiten. In allen nachfolgenden Schulsystemen (VMS, AHS, BHS, Berufsschulen, ...) stehen die Kinder diesem System gegenüber und müssen damit umgehen können. Wer, wenn nicht wir in den Volksschulen, kann und muss die Kinder schonend an dieses System heranführen?

Schularbeiten müssen mit Ziffernnoten bewertet werden - die Leistungsbeurteilungsverordnung gibt da klare Vorgaben. Die Verordnung dient auch dem Schutz der Kinder vor Willkür, da sie zum Beispiel vorschreibt, dass sich die Gesamtnote bei einer Deutschschularbeit aus der Summe der gleichwertigen Einzelleistungen aus Inhalt, Ausdruck, Sprachrichtigkeit und Schreibrichtigkeit zusammensetzt.

Rechtliche Situation an der Nahtstelle

Beim Übertritt von der Volksschule in die weiterführenden Schulen ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass die "Gymnasialreife" festgestellt wird und das natürlich mit Ziffernnoten. Dies dient zur Aufnahme in die AHS oder zur Einstufung in die "Leistungsgruppen" der VMS. Zur Weitergabe dieser Daten wurde sogar eine eigene Software geschaffen (WAS).

Fehlende Solidarität

Wenn nun einzelne Volksschulstandorte stolz damit in die Medien gehen, dass sie auch im Abschlusszeugnis der Volksschule keine Ziffernnoten geben (so geschehen kurz vor den Semesterferien), so lautet - etwas pointiert formuliert - die damit verbundene Botschaft an die Eltern und alle anderen Schulen: Schaut her, wie fortschrittlich wir sind! Wir

müssen uns nicht an Gesetze halten und regeln dies auf unsere Weise.

Auswirkungen

Was das im Klartext für uns "weniger fortschrittliche" Schulen bedeutet? Eltern sehen einen Fernsehbericht, finden die Aktion toll und sind dann erstaunt, dass an "ihrer Schule" Gesetze gelten und eingehalten werden, die diesen "Fortschritt" leider nicht möglich machen. Diese Schulen müssen sich nun dafür rechtfertigen, dass sie sich ans Gesetz halten, während andere Narrenfreiheit genießen - so kann es ja wohl nicht sein!

In unserem Schulsystem sind sehr viele Bereiche überreglementiert - aber in diesem Fall fehlt eindeutig die regulierende Hand der Schulbehörde.

Fazit

Liebe Kolleginnen und Kollegen, versteht mich bitte richtig! Jede Form der alternativen Leistungsbeurteilung hat ihre Berechtigung. Ich habe selbst jahrelang Pensendbücher in Ergänzung zum Ziffernnotenzeugnis verwendet und weiß aus eigener Erfahrung, wie viel Arbeit hinter alternativen Formen der Leistungsbeurteilung steckt.

Was mich konkret stört, ist das völlige Ignorieren der rechtlichen Situation, die eingeschränkte Sichtweise auf Teilsysteme, ohne das Gesamtsystem im Blick zu behalten und vor allem die fehlende Solidarität mit den anderen Schulen! Die in diesem Zusammenhang oft gehörte Aussage: "Einer muss damit beginnen", greift daher zu kurz und führt ins Chaos.

Solche Themen gehören breit und mit allen Partnern diskutiert. Dann - und nur dann - können notwendige Veränderungen miteinander getragen werden. Dies beinhaltet auch die adäquaten rechtlichen Abänderungen.

Schiefelage um LSI-Neubesetzung

Willi Schneider

Da ist wohl einiges schief gelaufen im bisherigen Ablauf des Verfahrens rund um die Bestellung eines neuen Landesschulinspektors. Nicht umsonst sah sich eine - durchaus qualifizierte - Bewerberin genötigt, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, damit ihre Qualitäten eine gerechtere Beurteilung erfahren.

Eine Schule ist kein Gewinn orientiertes Unternehmen, das Schulwesen kein Großkonzern. Daher sind auch nicht alle Führungsinstrumente, die in der Wirtschaft Anwendung finden, eins zu eins auf das Schulwesen zu übertragen. In besonderen Situationen allerdings oder wenn etwas wie in diesem Fall nicht zur Zufriedenheit läuft, empfiehlt es sich doch, die Gepflogenheiten in anderen Bereichen anzuschauen.

Nachdem die Neubesetzung einer Position notwendig ist - derzeit gehen wir im Falle des LSI noch davon aus - wird, sofern es keines gibt, ein Anforderungsprofil erstellt. Dieses soll u. a. als Leitfaden für Anstellungsgespräche dienen und die Auswahl der BewerberInnen erleichtern. Neben den üblichen Kriterien (Qualifikationen, u. a.) enthält ein gutes Anforderungsprofil auch eine Auflistung von wesentlichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Eigenschaften, die ein Bewerber zur optimalen Bewältigung der in den nächsten 2 - 3 Jahren auf ihn zukommenden Aufgaben haben sollte. Eine der wichtigsten Aufgaben des/der neuen LSI liegt angesichts der derzeitigen Situation auf der Hand: Schaffung der systemischen Voraus-

setzungen und eines entsprechenden Klimas für die dringend anstehenden Reformen im Schulwesen in Vorarlberg, sofern dies in seiner/ihrer Kompetenz liegt und die Erstellung von dementsprechenden Vorschlägen für die politisch Verantwortlichen.

Ein Anforderungsprofil sollte transparent und nachvollziehbar sein. Im Zusammenhang mit dem Desaster um das Verfahren rund um die Neubesetzung des LSI ergeben sich für mich einige Fragen:

- Welche Maßstäbe liegen dem Personalbüro zugrunde, um eine aussagekräftige Reihung der Kandidaten/Kandidatinnen für das Amt des LSI vornehmen zu können?
- Welche Kriterien liegen dem Anforderungsprofil eines LSI zugrunde?
- Sind diese wenigstens den BewerberInnen bekannt?
- Ist die Zusammensetzung der Objektivierungskommission so, dass - zumindest optisch - zweifelsfreie Unabhängigkeit gewährleistet ist?

Ein professioneller Umgang mit Stellenbesetzungen von Seiten der politisch Verantwortlichen hätte einen Konflikt in dieser Frage verhindert.

Lesen

<p>Also gut! Ich bekäme gerne die schulnotizen an folgende Adresse geschickt:</p>	<p>Senden Sie diesen Coupon bitte an:</p>
NAME:	<p>Willi Schneider Kehlerstraße 22a 6900 Bregenz</p>
ANSCHRIFT:	
<p>Oder einfach unter schulnotizen@gmx.net anfordern</p>	

Spezialpool

Ein Beispiel aus der Praxis

Armin Roßbacher

Den sogenannten „Spezialpool“ gibt es nunmehr im dritten Jahr. An vielen Schulen ist dieses Angebot bekannt und wird von KollegInnen auch gerne in Anspruch genommen.

Immer wieder kommt es jedoch vor, dass LehrerInnen nicht so genau wissen, in welchen Fällen die schulinternen Zusatzstunden beantragt werden können. Nicht selten herrscht auch die Einschätzung vor: "Das kann ich nicht, ich bin dafür nicht ausgebildet!"

Wir PersonalvertreterInnen sind überzeugt, dass alle KollegInnen so viel pädagogisches Handwerkszeug mitbringen, um mit Kindern Gespräche zu führen bzw. bei gemeinsamen Aktivitäten Schülern in ungezwungener Atmosphäre begegnen zu können.

Das folgende Beispiel aus der Praxis (Daten anonymisiert) kann vielleicht manchen KollegInnen eventuell vorhandene Schwellenängste nehmen oder zumindest verringern.

Situationsbeschreibung

Ein Schüler einer 3. Klasse VS zeigt seit längerem aggressives Verhalten, zuerst nur auf dem Schulweg, jetzt auch gegen MitschülerInnen. Er hat ein sehr geringes Selbstwertgefühl und sagt von sich selbst, er könne nichts.

Geplante Verwendung der Stunden

Seine Lehrerin möchte gezielt an seinem Selbstbewusst-

sein arbeiten - "er soll wieder an sich glauben". Geplant sind Freizeitaktivitäten, Spaziergang in den Wald, Zeichnen u. a.

Zuteilung: 8 Stunden

Rückmeldung der Lehrerin

Stattgefunden haben Spielstunden in der Schule, Nusschnecken backen für die Kinder der Klasse, Ausflug ans Seeufer mit anschließendem Caféhausbesuch.

Veränderungen

Der Schüler ist im Umgang "lockerer" geworden. Er hat mehr Vertrauen, redet bewusster über Kränkungen seitens der Mitschüler. Er sucht das Gespräch, was eine sehr starke Veränderung seines Verhaltens darstellt. Die Veränderungen sind nachhaltig.

Reflexion

Der Schüler war anfangs sehr zurückhaltend, zählte die Minuten, bis er nach Hause gehen durfte. Zeit mit der Lehrerin allein zu verbringen schien anfangs sehr merkwürdig zu sein. Ich veränderte also die Vorgangsweise und überlegte mir Dinge, die ich außerhalb des Klassenzimmers mit ihm machen konnte. Schon bei unserem ersten Spaziergang merkte ich, wie er sich entspannte und unaufgefordert von sich erzählte. So kamen wir uns näher, weil er mir Dinge mitteilte, die er mir während der regulären Schulzeit sicher nie erzählt hätte.

Weiterlesen

<p>Achtung, meine Adresse ändert sich! Ich bekäme aber gerne die schulnotizen weiterhin zugeschickt:</p>	<p>Senden Sie diesen Coupon bitte an:</p>
<p>Adresse bisher:</p>	<p>Willi Schneider Kehlerstraße 22a 6900 Bregenz</p>
<p>ANSCHRIFT NEU:</p>	

Burnout - und was dann?

Armin Roßbacher

Vor einigen Jahren nur sehr vereinzelt zu hören, haben wir uns längst daran gewöhnt, dass auch in unserem Berufsalltag vom sogenannten Burnout gesprochen wird. Wir alle kennen wohl in unserem Bekanntenkreis zumindest eine Lehrperson, die mit ihren Kräften am Ende ist bzw. wo die Erschöpfung zu einem längeren Krankenstand geführt hat. Die Freien LehrerInnen haben sich in den letzten Jahren mehrfach in den „Schulnotizen“ sowie bei Pädagogischen Tagungen intensiv mit dem Phänomen Burnout auseinandergesetzt. Ursachen, Risikofaktoren und auch Möglichkeiten der Prävention standen im Fokus der Aufmerksamkeit. Es ist den Verantwortlichen auch weiterhin ein Anliegen, die Diskussion bezüglich Burnout mitzugestalten.

Anerkennen: Es ist, wie es ist!

Oft plagen sich Betroffene mit starken Schuldgefühlen und versuchen verzweifelt zu "funktionieren". Aus Angst vor Stigmatisierung werden Schlafstörungen, emotionale Überbeanspruchung, Daueranspannung u.a.m. nicht angesprochen, sehr oft erfolgt sozialer Rückzug. Das Gefühl "Ich schaffe es nicht mehr!" setzt sich fest.

KollegInnen und FreundInnen reagieren mit gut gemeinten Ratschlägen: "Entspann dich!", "Tu etwas, was dir Spaß macht!", "Du solltest Probleme nicht so nah an dich heranlassen!".

Meistens steckt hinter solchen Hilfsangeboten ehrliche Anteilnahme. Ein Mensch allerdings, der mit erwähnten Erschöpfungssymptomen zu kämpfen hat, kann damit in der Regel nichts (mehr) anfangen - ihm fehlt schlicht und einfach die Kraft dazu.

Für eine von Burnout-Symptomen geplagte LehrerIn ist es deshalb enorm wichtig, dass ihr Befinden anerkannt wird - und zwar ohne Bewertung!

Selber schuld

Niemand käme auf die Idee, einem Kollegen, der an einem Bandscheibenvorfall leidet, Vorwürfe zu machen, im Gegenteil. Unser Mitgefühl ist dem Kranken, dem wir seine Schmerzen auch deutlich ansehen, sicher. Erstaunlicherweise ist das bei Menschen anders, die an einem Burnout leiden: "Wieso hat sie nicht schon längst etwas dagegen getan?" "So weit hätte er es nicht kommen lassen müssen - es gibt doch gute Strategien gegen das Ausbrennen!" Es mag sein, dass viele von uns verunsichert sind,

was den Umgang mit psychischen Erkrankungen betrifft, es mag auch eine Rolle spielen, dass man einem/einer von Burnout Betroffenen nicht auf den ersten Blick ansieht, dass es ihm/ihr schlecht geht. Oben beschriebene Reaktionen sind nicht nur ärgerlich, sie können bei den Erkrankten ihre ohnehin oft sehr ausgeprägten Schuldgefühle noch wesentlich verstärken.

Hinweise auf Möglichkeiten der Prophylaxe sind wichtig und müssen auch verstärkt ins Bewusstsein von uns Lehrenden geholt werden. Ein bereits Betroffener braucht andere Angebote: Nicht selten ist der Weg in die Frühpension leider die einzige Alternative.

Finnland - nicht schon wieder!

Viele LehrerInnen können es nicht mehr hören, wenn bei Missständen in unserem Schulsystem der Vergleich kommt: "Aber in Finnland ...!" Das ist auch verständlich, wenn man ständig hört, dass es im Norden Europas viel bessere Bedingungen für LehrerInnen gibt und gleichzeitig genau weiß, dass wir in unserem System bleiben müssen.

Uns bleibt ein weiterer Hinweis nicht erspart: In Finnland gibt es keine Zahlen bezüglich ausgebrannter LehrerInnen. Aus dem einfachen Grund: Dieses Phänomen existiert dort praktisch nicht.

Was an dieser fast unglaublich anmutenden Behauptung dran ist und welches die Ursachen dafür sind, berichten die „Schulnotizen“ in der nächsten Ausgabe.



Vorankündigung
Podiumsdiskussion
Vorarlberger Mittelschule
Eine kritische Zwischenbilanz

20. Mai 2010, 19.30 Uhr, VMS Lauterach

Eine Veranstaltung des Unabhängigen Bildungsgewerkschaft (UBG)
in Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Lehrerverein (SLV)
und der ARGE Gemeinsame Schule Vorarlberg